

Was die Schweiz von Israel lernen kann

Unser Land hätte eigentlich alles, um Weltmeister der Innovationen zu werden. In Israel sehen wir, was der Schweiz noch fehlt



Patrick Aebischer

Auf einer Reise nach Israel wurde mir neulich bewusst, wie weit die Schweiz auf dem Gebiet der Startup-Firmen zurückliegt: Während in Israel rund um die hervorragenden Universitäten kleine Startups, aber auch die Forschungszentren grossen Firmen wie Brutstätten aus dem Boden schießen, geht in der Schweiz der Aufbau des nationalen Innovationsparks nur mühsam voran.

Die israelische Armee hat sogar Sonderheiten für die Entwicklung von Spitzentechnologien geschaffen. Zurück im Zivilleben, bilden diese jungen Talente die Basis für den Aufbau einer Hightech-Industrie. Die Schweizer Armee ist dagegen völlig unbeteiligt an Innovation.

In Israel gibt es die Funktion eines *chief scientist officer*. Das ist ein direkt dem Wirtschaftsminister unterstellter, erstrangiger Wissenschaftler und/oder Unternehmer. In der Schweiz hingegen sind die ersten, direkt an den Bundesrat rapportierenden Beamten vorwiegend Juristen, und sie kümmern sich

vor allem um das Überwachen administrativer Abläufe.

Israel besitzt eine unabhängige Agentur für Innovation, die Startups bei Forschung und Entwicklung finanziell unterstützen kann. Die KTI, die schweizerische Kommission für Technologie und Innovation, darf im Gegensatz dazu ihre Mittel nur für die mit den Startups zusammenarbeitenden akademischen Institutionen ausgeben.

In Israel werden nahezu 3 Prozent der Pensionskassengelder in Risikokapitalfirmen oder private Anlagefonds investiert. Und auch in den USA haben die Schaffung von sogenannten Dachfonds und der Einsatz der Pensionskassen entscheidend zum Erfolg des Silicon Valley beigetragen. Im Laufe der letzten dreissig Jahre haben diese Investitionen der Pensionskassen in den USA durchschnittliche Gewinne in der Grössenordnung von 15 Prozent erzielt, eine Zahl, von der unsere Pensionskassen nur träumen können.

Seit einer halben Ewigkeit wird schon vom «Zukunftsfonds Schweiz» gesprochen, einem Dachfonds für Wagniskapital. Die Pensionskassen verwalten Gelder in der Höhe von rund 800 Milliarden Franken. Seit mehreren Jahren haben sie die gesetzlichen Grundlagen, um einen Teil ihres Vermögens in Schweizer oder europäische Risikokapital-Fonds zu investieren. Bis heute hat von den 2000 Pensionskassen in der Schweiz nur eine einzige, die Kasse Nest, ihre Absicht kundgetan, sie werde systematisch in Start-



In Israel werden nahezu 3 Prozent der Pensionskassengelder in Risikokapitalfirmen oder private Anlagefonds investiert.

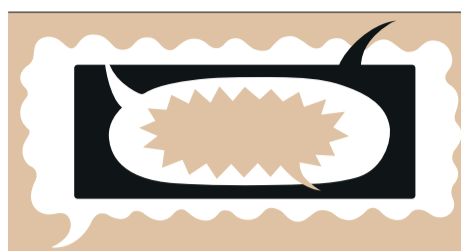
ups zu investieren. Mit der Schaffung vom «Zukunftsfonds Schweiz» würden die Investitionen in die vielen Startups der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen signifikant zunehmen, namentlich in der Wachstumsphase. Zum Vergleich: 2015 belieben sich die Investitionen von Risikokapital in Israel auf rund 4,5 Milliarden Dollar, während sie in der Schweiz mit derselben Einwohnerzahl nur gerade 700 Millionen betragen.

Die Schweiz muss zudem das Steuersystem für die Startups dringend revidieren. Das Konzept der Vermögensbesteuerung auf den theoretischen Wert einer Startup-Firma anzuwenden, ist widersinnig. Sie bestraft die Unternehmer massiv und bringt sie dazu, das Land zu verlassen.

Trotz ihrer guten Klassierung punkto Innovation, die sich vorwiegend auf die Zahl der Patente oder die Menge der wissenschaftlichen Publikationen abstützt, liegt die Schweiz unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, wenn es um die Umsetzung von Ideen und Patenten geht. Sie hat einen enormen Rückstand, weil sie nicht genug in die Wirtschaft investiert, die für Beschäftigung und eine hohe Wertschöpfung sorgt.

Die Schweiz hat alles, was es braucht, um eine Startup-Nation wie Israel zu werden: Es fehlt ihr nur an politischem Willen.

Patrick Aebischer war Präsident der ETH in Lausanne. Übersetzung: Elisabeth Brüngger.



Showdown

Claudia Mäder

Sehr geehrter Coop
Letzten Samstag, den 1. April, verging mir beim Einkaufen das Lachen. Das kommt selten vor und geschah auch erst an der Kasse. Auf dem Gang durch Ihre Osterwarenabteilung hüpfte mir das Herz noch vor Freude über all die biozertifizierten Hoppelhasen aus Milchsokolade von glücklichen Kühen und ebensolchen Kakaobauern; im Weinregal fand ich Ihr Angebot an natürlichen Produkten aus hiesigen Trauben wie immer berauschend, und auch Ihre zu 100 Prozent chlorfreien Wattebäusche hätten mich schwerlich bedrückt, wenn ich massgehalten und statt drei nur ein Pack von Ihnen gekauft hätte. Dieser Übermut kam mich teuer zu stehen.

21 Franken 80 verlangte die Kassierin. Sie trug eine rot-weiss karierte Naturaplan-Kutte aus der Region - und schenkte mir einen Scheisshaufen aus China. Hergestellt aus thermoplastischem Gummi, eingepackt in eine Kunststofftüte, ausgehängt zum Dank für Einkäufe über 20 Franken. Es fiel mir schwer, diese Geste zu deuten. Irritiert habe ich Ihre Website konsultiert. «Die Emoji kommen!», behaupten Sie dort prophetisch und stellen Ihren treuesten Kunden eine Kollektion von 24 «lustigen Saugnapf-Figuren» in Aussicht, um grosse Emotionen künftig ohne Worte zeigen zu können. Ich bin sprachlos über die Ankunft dieser hohlen Gummiköpfe.

Eines sage ich Ihnen aber klipp und klar: Zu mir kommen die nicht! Man muss nicht alles Neue begrüssen. Früher boten Sie emsigen Einkäufern Silva-Punkte zum Sammeln. Aus der mit diesen Marken zu erwerbenden Buchreihe fehlt mir der Band über «Unsere Alpenwiese: blühendes Leben in einer Welt voller Kuhfladen». Wäre es vielleicht möglich, den chinesischen Mist gegen dieses Schweizer Produkt zu tauschen?

Ich danke im Voraus für Ihre Antwort und grüsse Sie allerherlichst!

Medienkritik

So verschwindet Hass im Netz zu schnell



Chanchal Biswas

Diese Woche ist der deutsche Justizminister Heiko Maas seinem Ziel, dem Hass und den Fake-News im Netz einen Riegel zu schieben, näher gekommen. Das Kabinett der Bundesregierung verabschiedete den Entwurf des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Er soll nun rasch in den Bundestag, damit das Gesetz vor den Wahlen 2017 beschlossen werden kann. Deutschland will - Trump und Clinton lassen grüssen! - unter allen Umständen verhindern, dass der Wahlkampf zwischen Angela Merkel und Martin Schulz manipuliert wird.

Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, dass Unternehmen wie Facebook oder Twitter dazu verpflichtet werden, offensichtlich strafbare Inhalte wie Verleumdung oder Volksverhetzung innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde zu löschen oder zu sperren. Andernfalls drohen Bussen von bis zu 50 Millionen Euro. So sollen Meldungen wie jene im Jahr 2016, wonach Hillary Clinton in einer Pizzeria in Washington einen Pädophilenring betreibe, keine Verbreitung mehr finden. Das klingt prinzipiell vernünftig. Trotzdem nimmt der Widerstand in Deutschland zu.



Hauptproblem ist, dass die Entscheidung, ob ein Tweet oder ein Post legal oder illegal ist, den Technologieunternehmen überlassen wird.

Dass Bürgerrechtler und Netzaktivisten die Meinungsfreiheit in Gefahr sehen, ist klar. Sie tun das bei jedem drohenden regulatorischen Eingriff in die Online-Welt und blenden dabei aus, dass die Verbreitung von verleumderischen Hasskommentaren oder Falschnachrichten wenig mit dem Recht auf freie Meinungsäusserung zu tun hat. Doch nun kritisieren auch Medienverbände oder Stiftungen gegen Fremdenhass das Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Das Hauptproblem ist, dass die Entscheidung, ob ein Tweet oder ein Post legal und illegal ist, den Technologiekonzernen überlassen wird. Eine richterliche Beurteilung ist nicht vorgesehen und bei einer Frist von 24 Stunden auch gar nicht möglich. Das führt in Verbindung mit den drohenden Millionenbussen dazu, dass Facebook und Twitter eher zu viele Einträge löschen oder verschwinden lassen werden, darunter auch solche, die durch das Recht auf freie Meinungsäusserung geschützt wären. Die Urheber von strafbaren Aussagen, Holocaustleugner etwa, können aber nicht durch die Justiz zur Rechenschaft gezogen werden. Der Hass, den sie säen, verschwindet einfach rasch aus dem Netz.

Der Gesetzesentwurf von Heiko Maas hat aber auch sein Gutes: Er reisst Facebook und Twitter aus ihrer Blase. Sie müssen sich von der Vorstellung verabschieden, dass sie die ganze Welt über einen Leisten schlagen können. Sie bewegen sich in Europa in einem anderen rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen als im Silicon Valley. Dem müssen sie Rechnung tragen.

Grenzerfahrung

Paris, die Nachbarstadt



Ron Hochuli

Wenn in Frankreich Präsidentschaftswahlen bevorstehen, würden einige Romands wohl am liebsten selber an die Urne gehen. Man schaut gespannt nach Paris. Mit einer Mischung aus Faszination und Identifikation, auch mit etwas Neid über das gebotene Spektakel. Frankreich ist nun halt einmal der grosse Nachbar, ja sogar der grosse Bruder. Man bewundert ihn, man beneidet ihn, man fühlt sich wohl bei ihm. Oder muss man das jetzt alles in der Vergangenheitsform schreiben?

Die Politshow ist nicht weniger spannend, als sie es einst war - ganz im Gegenteil. Die Rhetorik, die Schlagfertigkeit, die Kampfbereitschaft faszinieren nach wie vor. Doch weil sich in den letzten Jahren die französische Klasse politique immer wieder diskreditiert hat unter Sarkozy und Hollande, weil die königliche Figur des Präsidenten an Glanz verloren hat, hat sich auch der Blickwinkel der Westschweizer verändert. Der ehemalige grosse Bruder erscheint plötzlich als Teenager, der offenbar an seinem eigenen Schicksal zweifelt.

Zwar ist Paris für viele Westschweizer nach wie vor fast wie ein zweites Zuhause,

und Südfrankreich, die Provence und die Bretagne gehören immer noch zu den beliebtesten Ferienzielen. Doch in den letzten Jahren ist das magische Postkartenbild etwas verblasst. Das hat nicht nur mit den Attentaten zu tun, die Frankreich erschüttert haben, sondern auch mit der kriselnden Wirtschaft. Und mit dem leidenden Selbstwertgefühl Frankreichs.

All dies hat zweifellos einen Einfluss auf die Art und Weise, wie wir Westschweizer über die Grenze blicken. Dabei spielen nicht nur objektive Faktoren eine Rolle - vieles ist auch eine Frage der Wahrnehmung. Doch die historische Grösse, die Unbeschwertheit im Umgang, die *art de vivre à la française*, die französische Lebenskunst, betrachtet man heute eher mit einer gewissen Nostalgie.

Früher spürte man eine gewisse - oft humorvolle - Schadenfreude, wenn im grossen Nachbarland etwas schief lief. Heute ist es eher Mitleid. Man bewunderte die sprudelnden Diskussionen, sei es auf politischer, gesellschaftlicher oder kultureller Ebene. Jetzt hinterfragt man die chaotischen Auseinandersetzungen. Einst war man begeistert, nun ist man fast stoisch.

Fragt sich nur, wie sich diese Distanzierung der Romandie weiterentwickelt. Findet Frankreich nach den Wahlen wieder zu etwas Ruhe und Zuversicht, wird sich möglicherweise auch unsere Wahrnehmung wieder verändern. Der grosse Bruder, die Nachbarstadt wären vielleicht wieder da. Aber nur vielleicht.

Ron Hochuli ist Journalist bei Radio Télévision Suisse in Genf.